

Wer soll mehr Steuern bezahlen?

Am 26. September stimmt die Schweiz über die 99-Prozent-Initiative ab. Die wichtigsten Fragen und Antworten.

Nina Fargahi

1 Worum geht es bei der 99-Prozent-Initiative?

Die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern (99-Prozent-Initiative)» zielt auf die Vermögensungleichheit in der Schweiz. Die Vorlage kritisiert, dass das reichste Prozent der Bevölkerung heute mehr als 43 Prozent des Gesamtvermögens besitze. Die Initiative möchte Kapitaleinkommen wie Zinsen, Mieterträge oder Dividenden über 100 000 Franken eineinhalbmal so stark besteuern wie Lohnneinkommen. Mit den Mehreinnahmen von jährlich zwischen fünf und zehn Milliarden Franken sollen die Einkommenssteuern für Personen mit tiefen und mittleren Löhnen gesenkt werden. Ebenfalls unterstützt werden können damit Leistungen der sozialen Wohlfahrt wie Familienleistungen, Bildung und Gesundheit.

2 Was sind Kapitaleinkommen?

Beim Verkauf von Immobilien, Unternehmen oder Aktien können sogenannte Kapitalgewinne anfallen. Unter Kapitaleinkommen sind Einkommen zu verstehen, die nicht durch eine Lohnarbeit, eine selbstständige Tätigkeit oder durch Ansprüche aus Sozialversicherungen generiert werden. Darunter fallen zum Beispiel Dividenden, Zinsen, Mieteinnahmen und Kapitalgewinne.

3 Gab es ein solches Anliegen schon einmal?

Vor zwei Jahren wurde eine Initiative für eine höhere Besteuerung von Topverdienern im Kanton Basel-Stadt mit 52,7 Prozent angenommen. Damit wurde die Steuerbelastung für Einzelpersonen mit Jahreseinkommen ab 200 000 Franken und Verheiratete ab 400 000 Franken von 26 auf 28 Prozent erhöht.

4 Wer steht hinter der Initiative?

Lanciert wurde die 99-Prozent-Initiative von den Jungsozialisten (Juso). Unterstützung erhalten die Juso-Mitglieder von ihrer Mutterpartei SP Schweiz und den Grünen.

5 Was sind die Argumente der Befürworter?

Die Ungleichheit zwischen denjenigen, die arbeiten, und denjenigen, die besitzen, werde immer grösser, sagen die Befürworterinnen und Befürworter. So seien Kapitaleinkommen bei der Besteuerung privilegiert; Grossaktionäre müssten beispielsweise auf 60 Prozent ihres Einkommens Steuern zahlen – während alle anderen ihr gesamtes Einkommen versteuern müssen. Wegen dieser Steuerprivilegien fehle dem Staat Geld, weshalb zum Beispiel in der Bildung oder beim Gesundheitssystem gespart werden müsse. Die Initiative generiere jährliche Mehreinnahmen von

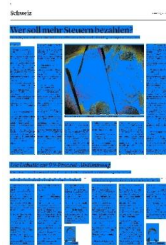
bis zu 10 Milliarden Franken bei Bund und Kantonen. Diese Einnahmen sollen dazu verwendet werden, die lohnabhängige Bevölkerung zu entlasten, so die Befürworter.

6 Wer ist dagegen?

Der Bundesrat empfiehlt die Initiative zur Ablehnung. Auch eine Mehrheit des Parlaments und der Kantone lehnt die Volksinitiative ab. Von den Parteien sprechen sich FDP, Mitte, SVP und GLP gegen die 99-Prozent-Initiative aus. Weiter auch der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, der Gewerbeverband, die Interessenorganisation der Familienunternehmen Swiss Family Business und Digital Switzerland. Ebenfalls dagegen ist der Verband Swiss Entrepreneurs & Startup Association, der unter anderem KMU vertritt. Auch der sozialliberale Flügel der SP, die sogenannte Reformplattform, lehnt die Volksinitiative – anders als ihre Mutterpartei – ab.

7 Was sind die Argumente der Gegner?

Der Bedarf nach Umverteilungen sei in der Schweiz geringer als in anderen Ländern, argumentiert der Bundesrat. Eine Erhöhung der Steuern auf Kapitaleinkommen würde zudem die Anziehungskraft der Schweiz für Vermögende mindern. Die Markteinkommen seien in der Schweiz so gleichmässig verteilt



wie in keinem anderen Industrieland, heisst es von Seiten der Wirtschaftsverbände. Sie argumentieren, dass hierzulande noch weniger investiert würde, wenn Kapitaleinkommen noch stärker besteuert wären. Economiesuisse betont, dass es keine Rolle spiele, ob ein Einkommensfranken aus Kapital oder Arbeit resultiere – die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sei die gleiche. Auch die Reformplattform der SP argumentiert, dass die Initiative den Mittelstand treffe. So würden Arbeitnehmende, die sich bei der Pensionierung von ihrem angesparten Alterskapital zum Beispiel 500 000 Franken auszahlen liessen, dies gemäss der Initiati-

ve versteuern müssen, wie wenn es 700 000 Franken wären.

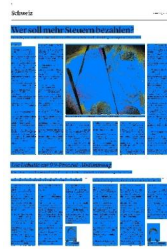
8 Warum sind die KMU ein Zankapfel?

Die Rolle der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) wird von beiden Seiten immer wieder debattiert. Die Gegner befürchten, dass vor allem den Familienunternehmen die finanziellen Mittel für Investitionen in Mitarbeitende, Forschung und Entwicklung entzogen werden könnten. Denn bei vielen Firmenbesitzern sei das Vermögen im Unternehmen gebunden. Die Initianten betonen, dass keine Unternehmen, sondern nur das reichste Prozent der steuerpflichtigen Privatpersonen betroffen wären. Dank der Rück-

verteilung des gemeinsam erarbeiteten Wohlstandes steige ausserdem die Kaufkraft der Bevölkerung, wovon insbesondere lokal orientierte Betriebe wie Restaurants oder Coiffeursalons profitieren würden, so die Befürworterinnen und Befürworter.

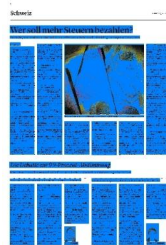
9 Welche Fragen sind noch offen?

Der Initiativ-Text lässt offen, ob mit dem Freibetrag einzig Dividenden und Zinsen oder beispielsweise auch Grundstückgewinne gemeint sind. Es soll einen noch undefinierten Freibetrag geben, bevor stärker besteuert wird. Die Initianten denken etwa an 100 000 Franken.



Die Juso fordern eine höhere Besteuerung von Zinsen und Dividenden.

Bild: Gaëtan Bally/Keystone



Die Debatte zur 99-Prozent-Abstimmung

SP-Co-Präsident Cédric Wermuth wirbt für ein Ja, FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger für ein Nein.

Pro: «Tiefere Steuern für die Leute, die das Land am Laufen halten»

Um zu entscheiden, ob Sie bei der 99-Prozent-Initiative Ja oder Nein stimmen wollen, können Sie einen simplen Test machen. Nehmen Sie eine 50er-Note und legen Sie sie morgens um sieben Uhr auf den Boden. Abends schauen Sie nach, wie viel Wert die Note erschaffen hat, während Sie weg waren. Die Antwort ist klar: Überhaupt keinen.

Wirtschaftlicher Wert – also Produkte und Dienstleistungen – entsteht nicht durch eine wundersame Vermehrung von Kapital. Geld arbeitet nicht. Menschen arbeiten. Und sie erarbeiten den Profit, den andere dann als Zinsen oder Mieten oder Dividenden ausbezahlt erhalten. Und trotzdem werden heute jene, die für ihr Geld arbeiten, steuerlich schlechtergestellt als jene, die von Kapitaleinkommen leben. Das ist absurd und

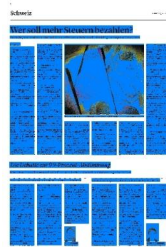
krass ungerecht. Genau das will die 99-Prozent-Initiative ändern.

Die Initiative will, dass in Zukunft Kapitaleinkommen, also zum Beispiel Einkommen aus Dividenden, eineinhalb Mal mehr besteuert werden als Einkommen aus Arbeit. Damit nimmt auch das Steuersystem endlich zur Kenntnis, wer denn das Land eigentlich am Laufen hält. Und das ist eben nicht das eine Prozent der Reichsten, die mit dieser Initiative ein bisschen mehr bezahlen müssten. Sondern es sind all jene, die von Lohn und Rente leben und tagtäglich ihr Bestes beitragen. Ob als Industriearbeiterin, Lehrer, Hausmann oder Krankenpflegerin. Auf dieser Arbeit, die wir alle jeden Tag leisten, fusst unser Wohlstand. Das soll endlich auch im Steuersystem abgebildet werden.

Die Ungleichheit in unserer Gesellschaft hat in der Pandemie nochmals massiv zugenommen. Während Menschen mit kleinen Löhnen und das Gewerbe gelitten haben, wurden die grossen Konzerne nochmals reicher. Wir meinen: Es reicht jetzt. Jetzt ist endlich einmal das Volk dran mit tieferen Steuern und tieferen Prämien für die Krankenkassen. Es ist nur richtig, wenn sich die Krisengewinner jetzt an der Finanzierung von Gesundheit, Bildung, Infrastruktur und Sicherheit etwas mehr beteiligen.



Cédric Wermuth
Nationalrat (SP/AG)



Contra: «Vermögende sollten das nicht mit sich machen lassen»

Unter dem Deckmantel der Steuergerechtigkeit versucht es die Juso schon wieder. Bereits zum fünften Mal innert zwanzig Jahren lanciert die extreme Linke eine Initiative gegen unseren Wirtschaftsstandort. Heuer fordern sie neue Steuern auf Erträgen und Wertsteigerungen von Vermögen. Diese neuen Steuern entpuppen sich bei genauerem Hinsehen als Wolf im Schafspelz. Bereits ab dem ersten Franken werden zum Beispiel Kleinsparer zur Kasse gebeten. Ab einem willkürlichen Schwellenwert wird das Kapitaleinkommen sogar zu 150 Prozent steuerbar! Zum realen wird also noch ein fiktives Einkommen hinzugezählt. Wofür die neuen Steuererträge dann benutzt werden, steht offen.

In ihrem eigenen Argumentarium schreiben die Juso, dass es Studien gebe, die belegen

würden, dass bereits heute vermögende Personen innerhalb der Schweiz wegen der Steuerlast den Kanton wechseln – deshalb fordern sie, dass die Juso-Steuer auf Bundesebene erhoben wird. Warum sollten vermögende Personen dies mit sich machen lassen? Vermögen sind mobil und damit entpuppt sich auch die Aushebelung des Föderalismus als ideologischer Trugschluss: Das Ausland kennt keine solche Besteuerung.

Die grossen Leidtragenden dieser Initiative sind die Schweizer Familienunternehmen und KMU. Die grosse steuerliche Mehrbelastung verschärft die Auswirkungen der Coronakrise. Das führt zur absurden Situation, dass der Bund Milliarden aufwendet, um den KMU unter die Arme zu greifen, um sie dann gleich wieder mit einer neuen Steuer

abzuziehen. Auch ist das Vermögen bei vielen KMU im Betrieb gebunden und stellt für den Besitzer oft die Altersvorsorge dar. Die Nachfolgerinnen und Nachfolger müssten sich stark verschulden, um bei der Übernahme die Steuern auf die Wertsteigerung bezahlen zu können – wer will da noch ein Geschäft übernehmen? Mit so einer Steuer wird leichtfertig die Zukunft der KMU, des Rückgrats unserer Wirtschaft, nicht nur aufs Spiel gesetzt, sondern beschädigt.



Daniela Schneeberger
Nationalrätin (FDP/BL)